

Sachsische Zeitung.

Bezugpreis

Die Halle vierteljährlich 2 50 W. ...

Für die Redaktion verantwortlich: Hermann Jordan in Halle.

Verantwortlicher Herausgeber

Anzeigen werden die Spaltenhöhe oder deren Raum mit 20 Pfg. ...

Nr. 595. Halle a. d. Saale, Dienstag den 20. Dezember 1892.

Deutsches Reich.

Berlin, 19. Dez. Gestern nachmittags unternehmen der Kaiser und die Kaiserin einen gemeinsamen Spaziergang in der nächsten Umgebung des Neuen Parks.

Berlin, 19. Dez. Einer Wiener Drucklegung zufolge wird morgen der österreichisch-ungarische Botschafter in Berlin von Sögeny hierher zurückkehren.

Berlin, 19. Dez. (Holl.-Ber.) In den Londoner Kolonialen Kreisen ist nach dem Aufbruch der britisch-afrikanischen Gesellschaft des Herrn Macdonald ...

Die vorzeitige Veröffentlichung der Militärverträge durch die „Koll. Ztg.“ ist nach einer Mitteilung der „Schl. Ztg.“ kürzlich im Bundesrathe erörtert worden.

Einer Berliner Nachricht der „Holl.-Ztg.“ zufolge ist jene deutsche Firma, die schon seit Jahren in Gemeinschaft mit amerikanischen Waffenfabrikanten ...

Nach dem dem Abgeordnetenhaus vorgelegten Nachweisungen würde die Umwandlung der Staatsrenten in Kommunalrenten auf den Haushalt der Städte und Landgemeinden in folgender Weise einwirken:

Einkommensteuer 4-500 Proz. der Staatssteuer beträgt. Nach Provinzen beträgt die Gemeinde-Einkommensteuer in Städten unter 10,000 Einwohner in Ostpreußen 144,63, Westpreußen 197,85, Brandenburg 73,49, Pommern 125,23, Polen 109,55, Schlesien 118,08, Sachsen 40,17, Schleswig-Holstein 123,00, Hannover 43,69, Württemberg 119,19, Hessen-Nassau 67,94, Rheinprovinz 93,67 Proz. der Staats-Einkommensteuer.

In den verschiedenen Provinzen werden Städte tage abgehalten, die zu dem Zwecke der Steuerentlastung, insbesondere zu dem Entwurfe eines Kommunalsteuer-Gesetzes Stellung nehmen.

Breslau, 19. Dez. Der städtische Stadtrat hat eine Petition über die Forderung der Kommunalsteuer-Gesetzentwurfes zu richten. Oberbürgermeister Bender bezieht in seiner Ansprache, daß bei Einführung der Städte-Steuer die zu bedenklichen, das kommunale Leben betreffenden Dinge wie das neue Kommunalsteuer-Gesetz erlassen werden soll.

Königsberg, 19. Dez. Der dritte außerordentliche ostpreussische Städtetag wurde heute in Anwesenheit des Oberpräsidenten Grafen Stolberg durch den Oberbürgermeister Selke eröffnet. Nach längerer Diskussion wurde eine Resolution angenommen, in welcher es heißt, es liege in dem wirtschaftlichen Interesse der auf dem Städtetage vertretenen Städte, daß der Staat die Erhebung der Grund-, Gebäude-, Gewerbe- und Vergewerkssteuer den Gemeinden überlasse.

Den Behörden der allgemeinen Landesverwaltung und den Eisenbahnbehörden sind durch das Kleinbahngesetz vom 23. Juni 1892 in Bezug auf die Unternehmungen dieser Art bestimmte, im wesentlichen polizeiliche Funktionen beigelegt. Bei der Ausführung dieses Gesetzes ist es in Frage gekommen, inwiefern die bezeichneten Behörden neben der ihnen im Gesetze vorgezeichneten Sphäre eine Einwirkung auf die Entscheidung des Kleinbahnwesens ausüben in der Lage sein werden. Die Frage ist dahin entschieden worden, daß die staatslichen, mit dem Kleinbahnwesen von Gesetzes wegen befaßten Behörden sich zwar zeitig gegenwärtig zu halten haben würden, daß der Staat im allgemeinen und bei der gegenwärtigen Finanzlage auch im besonderen finanzielle Mittel für das Kleinbahnwesen aufzubringen nicht in der Lage ist, und daß sie demzufolge alles sorgfältig zu vermeiden haben würden, was die Hoffnung auf ein finanzielles Engagement des Staates erwecken könnte, daß sie aber im übrigen sich keineswegs auf ihre obrigkeitlichen Funktionen zu beschränken, sondern nach Möglichkeit fördernd und helfend einzutreten haben würden.

Die Erfolge im Wahlkreise Arnolds-Heideberg ermuthigen die Antikameralen zur Aufstellung weiterer Maßbewerbe. Wie die „Schlesische Zeitung“ meldet, beschließt die deutsch-polnische Partei, bei der bevorstehenden Reichstags-Wahlkampf in Legnitz einen eignen Kandidaten aufzustellen. Unter dem hierfür in Aussicht genommenen Persönlichkeiten konnte auch der Reichsanwalt Herzig in Betracht.

Der „Reichs-Anz.“ schreibt: Die Erhebung von Wäffen an Ausländer ist den Polizeibehörden durch frühere Erlasse untersagt und nur in ausnahmsweise dann gestattet worden, wenn es für einen Ausländer entweder ganz unmöglich oder mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden ist, sich ein unentbehrliches Ausweis-papier für nachweisbare Reisen von fremden heimathlichen Behörden zu beschaffen. In neuerer Zeit sind mehrfach Fälle vorgekommen, in denen diese Bestimmungen nicht die nöthige Beachtung gefunden hatten. Insbesondere sind von preussischen Behörden wiederholt Fälle an Tente verurtheilt worden, bevor deren Staatsangehörigkeit genügend geprüft war, während sie bei einer genauen Prüfung nicht oder nicht mehr als Ausländer hätten anerkannt werden können. Hieraus haben sich unrentable Verbindungen mit auswärtigen Regierungen ergeben, die schließlich dahin führen, daß die Verpflichtung zur Lebensnahme der Reisenden nach Deutschland lediglich infolge ihres Falles anerkannt werden müßte. Am beratigen Vorkommnisse thunlich entgegenzutreten, ist durch einen Erlass des Ministers des Innern vom 1. Dez. die gewissenhafte Befolgung der erwähnten Vorschriften erneut in Erinnerung gebracht und folgende Anweisungen abgegeben worden: Da es unerwünscht die gegenwärtige Entwicklung des Verkehrs in der Regel auch Ausländern möglich macht, sich während ihres Aufenthalts im preussischen Staatsgebiet im Verwaltungs-Büro von ihrer heimathlichen Verbode zu verschaffen, und da andererseits bei dem heutigen Verkehrsstande in dem meisten Fällen der Besitz eines Wäffens kein unbedenkliches Hinderniß darstellt, so ist nach dem oben Gesagten, daß die die Reichsangehörigkeit nicht behaltenden im allgemeinen Falle und auch sogenannte Nebenangehörige, überhaupt nicht zu ertheilen. Wenn dagegen Leute um einen Paß nachfragen, welche die Reichsangehörigkeit ehemals besaßen und eine andere Staatsangehörigkeit

felt noch nicht erworben haben, oder deren Staatsangehörigkeit zweifelhaft erscheint, so kann ihnen in besonders dringlichen Fällen ein Paß verabfolgt werden. Zumeist oder, wenn ein Paß für jemand ausgestellt wird, dessen Reichsangehörigkeit ungewissenshaft ist, ist über die Zweifelsfrage oder nicht mehr vorzunehmende Staatsangehörigkeit des Auswärtigen ein Vermerk in den Paß anzubringen und dieser in keiner Weise auf einen kurzen Zeitraum - höchstens ein Jahr - zu beschränken.

Der Vorsitzende des Straf-Komitees der Delegation im Saargebiete, Schillo, ist vorgestern in Würzburg verhaftet worden. Es entstand große Aufregung; die Menge warf nach der Polizei, die zu ihrem Schutze einen Schutzschuß abfeuerte. Schillo, welcher die Delegation zum Vorsitzenden des Straf-Komitees gewählt hatte, sollte in der Zeit vom 18. Dez. bis zum 5. Jan. für jede Begleitperson zwei Vernehmungen abhalten, um festzustellen, ob die Delegation bei dem Beschlusse bleiben, zu kündigen, falls die von ihnen geforderten Veränderungen in der Arbeitsordnung nicht willig angenommen würden. Am 6. Jan. ist in Würzburg Generalverhandlung statt. Schillo hatte also, wie es scheint, in dem erwähnten Punkte eine Bestimmung in Würzburg abzuwarten.

Erstien, 19. Dez. Bei der heutigen Landtags- Eröffnung im 4. Reichstagsgebäude des Reichstages in Baden (Schloß Sigmaringen) wurde der Reichstagspräsident Schilling (Centr.) mit 269 Stimmen von 270 abgegebenen Stimmen gewählt. Der Gegenkandidat Landrat Dr. Gölbe (Centr.) erhielt 1 Stimme.

Ausland.

Ungarn, Prag, 19. Dez. Die Abgrenzungs-Kommission hat in ihrer heutigen Sitzung die vorliegenden Anträge der Referenten, darunter einen Antrag auf Errichtung eines Kreisgerichtes in Trautman ungenommen, welches 6681 Einwohner mit deutscher und 3147 Einwohner mit tschechischer Umgangssprache umfaßt würde.

Frankreich, Paris, 19. Dez. Die Deputirtenkammer nahm heute mit 261 gegen 246 Stimmen die Erhöhung der Grundsteuer um 24 Francs sowie die Erhöhung der Grundsteuer um 24 Francs an. Die Budget-Kommission hat heute die Vorläufige Einmündung, durch die der Anstieg, welcher durch den Absehl einer Erhöhung der Steuern, sowie durch die Absehl einer Vorfördersteuer entstehen würde, kompensirt werden soll.

Paris, 19. Dez. Der Deputirte Jumeil (in den letzten Telegrammen der gestrigen Abend-Ausgabe fälschlich Jumeil genannt. Red.) hat auf Wunsch des Kriegsministers Freycinet darauf verzichtet, die Regierung wegen der Veröffentlichung des Briefes von Rome an Boulanger zu interpelliren.

Paris, 19. Dez. Die Untersuchungs-Kommission vermahnt heute den Liquidator der Panama-Gesellschaft, Moncourt, welcher mehrere wenn auch wenig genaue Aufkünfte über die für Veröffentlichungs- und Emmissionszwecke namentlich als Reichs-geldnoten gebrauchte Briefe, die Moncourt hätte hätte, die Administratoren der Panama-Gesellschaft hätten wiederholt über die Forderungen Reichs's Klage geführt.

Größbritannien, In einem am letzten Samstag abgehaltenen Ministerrath bildete die Home-Office-Bill wider Erwarten nicht den Gegenstand der Beratung, da der engere Abstimmungsstich die Ausarbeitung des Entwurfs noch nicht vollendet hat. Die Beratung der Vorlage durch das Parlament, soll erst nach der Rückkehr Gladstone's aus Biarritz am 10. Januar nächsten Jahres beginnen.

Italien, Rom, 19. Dez. In der Deputirtenkammer brachte die Regierung einen Gesetzentwurf ein, durch den die provisorische Handhabung derjenigen Budgetvoranschläge für 1892/93 bis zum 28. Februar 1893 verlängert wird, welche vom Parlament am 31. d. M. nicht genehmigt sein sollten. - Fürz legte der Bericht der Kommission zur Vorbereitung des Gesetzentwurfs über die Emmissionsbanken vor. Der Sachkommissar brachte einen Gesetzentwurf ein, durch welchen die Emmissionsbanken aufgelöst werden, bis zum 31. März 1893 anfalls alle zu dem geschlossenen Kurse auszugeben, und beantragte die Dringlichkeit für die Beratung. Der Ministerpräsident Giolitti erklärte, die Regierung halte die in dem Gesetze über die Emmissionsbanken aufgestellten Vorschläge unrichtig, acceptire indes einige von der Kommission vorgeschlagene Amendements. Da es dem Parlament an Zeit fehle, die Vorlage gründlich zu prüfen, so schloß er (Giolitti) die kurze Verhandlung von 3 Minuten vor, während welcher Zeit die Regierung die Emmissionsbanken sorgsam überwachn lassen werde, um abzumachen vor der Beratung des Gesetzentwurfs der Kammer die Resultate der Beobachtung vorzulegen.

Bulgarien, Sofia, 19. Dez. Die „Agence Valcanique“ ist ermächtigt, die von ausländischen Vätern vertretenen Verträge über eine angeblich bevorstehende Vermählung des Prinzen Ferdinand als „jeder Begründung entbehrendes Vermuthungen“ zu bezeichnen.

Halle und Umgegend.

Halle, den 20. Dez. - In der gestrigen öffentlichen Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung wurde zunächst die Beschlusse der Stadt für den nächsten Herbst an die Stadtverwaltung in Bezug auf die Beschaffung von Holz für die Einrichtungen eines Gaswerks in der Stadt Halle an der Saale nach dem von der Baukommission gemachten Vorschlägen in Höhe von 39,898,78 Mark angenommen. Für die hier abzuhaltende Ausstellung des





